

Zum Streit über den CSU-Vorschlag zur Entlastung der unteren Lohnsteuerzahler durch den Abbau der „heimlichen Progression“: Unbestreitbarer Handlungsbedarf

Das durch die CSU vorgelegte Steuerkonzept „Mehr Netto für alle“ hat in der Regierungskoalition heftige Auseinandersetzungen ausgelöst. Im Mittelpunkt der Kritik steht der Vorwurf, die insgesamt auf 28 Mrd. € geschätzten Steuerausfälle durch die in drei Stufen realisierten Entlastungsschwerpunkte würden zu einem Anstieg der öffentlichen Kreditaufnahme führen. Dagegen besteht die große Mehrheit der Regierungskoalition in Berlin einzig und allein auf dem Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt – also Nullverschuldung – zu erreichen. Sicherlich hat die CSU mit ihrem Versprechen einer Selbstfinanzierung dieser Steuerentlastung durch die Ankurbelung des Wirtschaftswachstums über einen Schub beim privaten Konsum zu dieser Kritik beigetragen. Allerdings greift die CSU die bisher von allen Parteien im Bundestag immer wieder kritisierte ungerechte Lastverteilung der unteren Lohnsteuerzahler auf. Das gegenüber auch gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen verabsolutierte Ziel, die Neuverschuldung öffentlicher Haushalte auf Null zurückzuführen, darf nicht dazu missbraucht werden, ungerechte und leistungsfeindliche Mehrbelastungen bei Lohnerhöhungen im unteren Bereich der Lohnsteuerzahler zu tabuisieren. Welche Rolle auch immer wahltaktische Überlegungen spielen, der Vorschlag zum Abbau der „heimlichen Progression“ sollte Ernst genommen werden. Allerdings bedarf es auch einer plausiblen Finanzierung der dadurch erzeugten Steuerausfälle.

Im Mittelpunkt der CSU-Vorschläge steht der Abbau der „heimlichen“ bzw. „kalten“ Progression. Sie ergibt sich aus dem Verlauf des Einkommensteuertarifs. Nach dem (steuerfreien) Grundfreibetrag (7 644 € Grundtabelle) steigt die Steuerbelastung pro zusätzlich verdientem Euro ab dem Eingangsteuersatz von 15% bis zum Spitzensteuersatz von 42% (ab 52 152 €) vor allem anfangs sehr schnell an.

Dazu ein Beispiel: Wächst das zu versteuernde Jahreseinkommen von 10.000 € auf 11.000 € - also um 10% - so nimmt die durchschnittliche Steuerbelastung von 4 % auf 5,4% zu. Absolut sind das mehr als 50% (von 398 € auf 598 €). Eine Lohnerhöhung im

Umfang der Inflationsrate, die den Reallohn sichert, führt wegen der Ausrichtung am Nominallohn zu einer steigenden Steuerlast. Die steuerliche Mehrbelastung eines um 1% erhöhten Lohns wächst um 2,5%. Im Auftrag des Bundeswirtschaftsministers ist einer Studie des „Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung“ in Tübingen geschätzt worden: Bei gegebenem Tarifverlauf spült diese „heimliche Progression“ zwischen 2006 und 2012 insgesamt 63 Mrd. € in die öffentlichen Kassen.

Diese, die unteren Lohnsteuerzahler besonders hart treffende überproportionale Mehrbelastung bei steigenden Löhnen ist ungerecht. Sie steht aber auch im Widerspruch zu einer leistungsorientierten Netto-Entlohnung. Alle Parteien im Bundestag haben vorgeschlagen, diese Ungerechtigkeitsdynamik abzubauen. Ebenfalls im jüngsten Frühjahrsgutachten, das von der Gemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Institute vorgelegt worden ist, wird die Forderung erhoben.

Die CSU schlägt zum Abbau der „heimlichen“ Progression vor:

- Erhöhung des (steuerfreien) Grundfreibetrags um 360 € auf 8.004 € des zu versteuernden Jahreseinkommens.
- Senkung des Eingangsteuersatzes in zwei Schritten von derzeit 15% auf 12%.
- Beginn der Besteuerung mit dem Spitzensteuersatz erst ab 60.000 €.

Die Entlastungswirkungen liegen beispielsweise im Einzelhandel für die untere Gehaltsgruppe bei 356 €, bei einem Polizeimeister der Besoldungsgruppe A 7 bei 506 € und in der Druckindustrie (oberste Gehaltsgruppe) bei 1.129 €.

Diese Maßnahmen weisen in die richtige Richtung. Bei der Lösung der Gegenfinanzierung der Steuerausfälle setzt die CSU allerdings nur auf eine Spekulation. Erwartet werden durch einen Schub beim Wirtschaftswachstum über den steigenden privaten Konsum Steuermehreinnahmen. Dieser Selbstfinanzierungseffekt ist in diesem Ausmaß nicht nachweisbar.

Die Steuerausfälle durch die Beseitigung der schlimmsten Auswüchse der heimlichen Progression müssen seriös gegenfinanziert werden. Ein wichtiges Instrument ist die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 45 %. Dadurch ließe sich der Anstieg der Steuerbelastung vom Eingangsteuersatz nach dem CSU-Vorschlag von 12% aus noch deutlicher verlangsamen. Zusätzliche Maßnahmen sind: weiterer Abbau von funktionslosen Steuervorteilen, Abschaffung der Befreiung von Gewinnen aus der Veräußerung von inländischen Kapitalbeteiligungen sowie die Wiederbelebung der Vermögensteuer.

Die CSU hat Recht: Eine leistungsfeindliche, ungerechte Steuerbelastung, die die unteren Lohnsteuerzahler trifft, darf nicht auf dem Altar künftiger Nullverschuldung geopfert werden. Allerdings ist ein Gesamtkonzept mit dem doppelten Ziel erforderlich: einerseits die ungerechte Lastverteilung abzuschaffen, jedoch andererseits die Finanzierbarkeit des Staates sichern.